

# Behinderung ohne Handicap im Job

Basler Initiative will Arbeitgebern Vorurteile gegen die Einstellung von Menschen mit Behinderungen nehmen

Von Isabel Strassheim

**Basel.** Der Vater aller Ökonomen, Adam Smith, definierte 1776 in seinem Klassiker «Der Wohlstand der Nationen» Arbeit als das «Mass für den Tauschwert aller Güter». Ihm kam es allein auf den Wert der produzierten Ware an. Die Arbeit selbst ist jedoch nicht unbedingt ein neutrales, austauschbares Gut. Es geht auch darum, wer arbeitet.

In Basel gibt es deshalb eine in der Schweiz bislang einmalige Initiative, die die Arbeitgeber darauf aufmerksam machen soll, mehr Menschen mit einer Behinderung einzustellen oder Menschen, die ihren erlernten Beruf nicht mehr ausüben können und an einen anderen Arbeitsplatz wechseln müssen. «Wir wollen die Unternehmen dafür sensibilisieren», sagt Projektleiter Pascal Güntensperger. Auch Rollstuhl-fahrerinnen oder umgeschulte Bäcker mit einer Mehlstauballergie können vollwertige Arbeit leisten. Aber das ist Arbeitgebern nicht unbedingt klar.

## Gibts kein Geld, muss es Jobs geben

Ob Behinderte oder Menschen nach einer Umschulung eine normale Arbeit finden können, wird jedoch zunehmend wichtig. Nicht aus humanen, sondern aus politischen Gründen. Wenn Sozialleistungen gekürzt oder gestrichen werden, dann muss den Menschen ein Leben ohne Unterstützung möglich sein. Barbara Gutzwiller, Direktorin des Arbeitgeberverbandes Basel, die die Charta unterstützt, bringt das so auf den Punkt: «Wir können nicht Sozialleistungen, etwa für IV-Bezügler kürzen, ohne zugleich zu zeigen, dass wir gewillt sind, diese Leute in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren.»

Auch wenn zwei Arbeiter dieselbe Leistung erbringen – Arbeit ist nicht gleich Arbeit. In Zeiten des Umbaus der Sozialversicherungen wird die Frage, ob Menschen mit Behinderungen Arbeit finden, zunehmend relevant. Denn Umschulung ohne Erfahrung auf dem neuen Beruf und Menschen mit Behinde-



Allein im Griff. Isabelle Brugger ist gehörlos aber voll im Einsatz auf ihrem Posten in der Zentrale von Sutter Begg. Foto: Peter Coninx

rungen mögen 100 Prozent erwerbsfähig sein und deswegen keine Invalidenten bekommen. Aber auch auf dem Arbeitsmarkt zählt nicht unbedingt die Leistungsfähigkeit, sondern das Vorurteil. «Behinderung wird gleichgesetzt mit eingeschränkter Leistungsfähigkeit», sagt Adrian Schnell, Teamleiter der Arbeitsvermittlung Basel-Stadt.

## Schneller als alle Vorgänger

Isabelle Brugger versteht das Französisch ihrer Arbeitskollegen aus dem Elsass nicht, denn sie kann nur Deutsch von den Lippen ablesen. Das ist eigentlich die einzige Behinderung der gehörlosen Frau. Sie arbeitet in der Zentrale von Sutter Begg am Dreispitz und nimmt dort von den Fahrern die Hasen mit den unverkauften Backwaren aus den 25 Filialen entgegen, sortiert die Brote für die Tierfuttersäcke und managt die Waschanlage, damit die Kisten für den nächsten Warentransport bereit sind. «Ich habe früher in einem Zürcher Büro gearbeitet und bin seit meinem Umzug nach Basel zum ersten Mal in einer Bäckerei», sagt Brugger in gut verständlicher Lautsprache. Seit 2009 arbeitet sie bei Sutter Begg. Und ist so schnell, dass sie alle ihre Vorgänger auf diesem Posten übertrifft, wie die stellvertretende Personalverantwortliche Gabriela Gogel-Sutter sagt.

So vielseitig Brugger ist, so gab es doch im Leben der 38-Jährigen auch Zeiten der Arbeitslosigkeit. «Wohl wegen meiner Gehörlosigkeit», wie sie sagt. Ihr hat die Charta-Initiative geholfen. Denn Gogel-Sutter, die zusammen mit ihrer Schwester und Cousine in der vierten Generation das Unternehmen mitführt, ist erst durch das Charta-Projekt klar geworden, dass Menschen mit Behinderungen nicht unbedingt weniger leistungsfähig sind. «Wenn man zwei gesunde Hände hat, dann ist man bei uns am richtigen Ort», sagt sie. Von den knapp 300 Angestellten haben drei ein Handicap – dieser Anteil ist selbst unter den gut 200 Firmen, die die Charta unterzeichnet haben, ein sehr hoher.

Ziel der auf vier Jahre angelegten Charta-Initiative, die noch bis 2012 läuft, ist es, mindestens 100 Arbeits- oder Ausbildungsplätze mit Menschen mit Behinderungen zu besetzen. Dabei geht es nicht in erster Linie um die Wiedereingliederung von Leuten aus der Invalidentversicherung – die wird in der Schweiz erst ab 2012 forciert angegangen, wenn die IV-Revision 6a in Kraft tritt. Das unter anderem vom Bundesamt für Sozialversicherungen finanzierte Projekt ist vor allem auf voll erwerbsfähige ausgerichtet, die trotzdem durch den Raster der Arbeitgeber fallen.

Bislang sind 48 Menschen mit Behinderungen von den der Charta beigetretenen Firmen eingestellt. «Wir bemerken positive Auswirkungen durch die Charta. Die Kampagne hilft uns», sagt Reto Baumgartner, Leiter der IV-Stelle von Basel. Es gibt jedoch noch einiges zu tun, wie Schnell von der IV-Stelle Basel-Stadt betont. Denn neben den Vorurteilen gibt es auch strukturelle Probleme: «Die Stellenmeldungen haben relativ hohe Anforderungen. Wir haben aber einen wesentlichen Anteil an Hilfsarbeitern, die wir gerne vermitteln würden.» Die einfachen Jobs aber sind die ersten Stellen, die von Firmen gestrichen oder ausgelagert worden sind.

## Freiwilligkeit statt Quotenregelung

Die Charta-Initiative ist auch der Versuch, die Einführung einer Quotenregelung für die Einstellung von Behinderten zu verhindern, wie es sie etwa in Deutschland gibt. Gibt es noch einen anderen Grund, warum sich Firmen an der Charta beteiligen? «Es gibt einen psychologischen Anreiz für die Einstellung von Menschen mit Behinderungen: Denn dies fördert den Altruismus und die Solidarität in der Belegschaft», wie Gutzwiller vom Arbeitgeberverband sagt. Gogel-Sutter kann genau dies bestätigen: «Das schafft eine andere Atmosphäre und erhöht die Loyalität», sagt sie.

> [www.diecharta.ch](http://www.diecharta.ch)

## nachrichten

### Swissmetal: Fortschritte bei Gesprächen

**Dornach.** Die Einigung mit den Banken für den Zugang zu den geschlossenen Lagern scheint für Swissmetal nach Verhandlungen am Wochenende in Reichweite gerückt zu sein. Es habe wesentliche Fortschritte gegeben, teile die Firma gestern mit. Stimmen die entsprechenden Gremien zu, könnten Produkte aus den Lagern an Kunden verkauft werden. Ein endgültiger Entscheid hierzu werde kurzfristig erwartet, hiess es weiter. isa

### Bayer droht mit Verlagerung ins Ausland

**Leverkusen.** Der Chemie- und Pharmakonzern Bayer droht angesichts steigender Stromkosten nach der Energieende in Deutschland mit einer Verlagerung der Produktion ins Ausland. «Deutschland wird als Produktionsstandort für die energieintensive Chemieindustrie unattraktiver», sagte Bayer-Chef Marijn Dekkers in einem Interview der «Wirtschaftswoche». Bereits jetzt habe Deutschland im EU-Vergleich die höchsten Energiepreise. Der Schwerpunkt der Investitionen in der Chemie- und Kunststoffsparte läge ohnehin schon heute in China. DPA

### Proteste nach Berichten über Jobabbau bei Eon

**Düsseldorf.** Nach neuen Berichten über einen massiven möglichen Jobabbau beim deutschen Energieversorger Eon gehen die Arbeitnehmervertreter auf die Barrikaden. «Wir sind völlig entsetzt», sagte der Konzernbetriebsratsvorsitzende von Eon, Hans Prüfer. Es gibt anhaltende Berichte, dass Eon wegen der Energiepreise Tausende Stellen streichen will. DPA

### Murdoch-Tochter greift nicht nach Führung

**New York.** Die Tochter des umstrittenen Medienmoguls Rupert Murdoch wird nicht in die Führungsriege von Murdochs Konzern News Corporation aufsteigen. Die 42-jährige Elisabeth Murdoch hatte es gegenwärtig für «unpassend», für den Verwaltungsrat der News Corporation zu kandidieren, zu der Zeitungen wie «Wall Street Journal» und Fernsehsender wie «Fox News» gehören, so der Konzern. Elisabeth Murdoch war als Nachfolgerin für ihren 80 Jahre alten Vater gehandelt worden, der Vorstand und Verwaltungsrat der News Corporation leitet. Murdoch hatte sie selbst ins Gespräch gebracht. DPA

### Modehaus Escada wieder mit Gewinn

**München.** Zwei Jahre nach der Insolvenz rechnet der Damenmodekonzern Escada für 2011 mit schwarzen Zahlen. «Wir sind auf Kurs: In den ersten sechs Monaten haben wir alle unsere Ziele erreicht», sagte Escada-Chef Bruno Sälzer der «Süddeutschen Zeitung». Ziel sei es, den Umsatz von zuletzt rund 300 Millionen Euro im hohen einstelligen Prozentbereich zu steigern. Das Unternehmen prüft den Einstieg in den Männermodemarkt. DPA

### Boeing stellt Dreamliner seinem Kunden vor

**Seattle.** Der US-Flugzeugbauer Boeing hat erstmals seinen Hoffnungsträger, das neue Flugzeug 787 einem Kunden vorgestellt. Der Airbus-Konkurrent präsentierte den Dreamliner am Samstag dem Erstabnehmer All Nippon Airways (ANA). Boeing hat derzeit 827 Bestellungen für den Langstreckenflieger vorliegen, allein von ANA kommen 55. DPA

## Der BaZ-Gast

# Ist eine tiefe Stimmbeteiligung schlimm?

Von Bruno Frey

In diesem Herbst finden eidgenössische Wahlen statt. Dies gibt wieder Anlass, über die tiefe Stimmbeteiligung in der Schweiz zu klagen. Im langjährigen Durchschnitt liegt sie bei rund 48% der Stimmberechtigten. Im Vergleich zu anderen Ländern beteiligen sich die Schweizerinnen und Schweizer in der Tat weniger an Wahlen.

Eine tiefe Stimmbeteiligung wird häufig als ein Zeichen für eine schlecht funktionierende Demokratie interpretiert. Die Bürgerinnen und Bürger hätten kein Interesse an der Politik. In manchen internationalen Vergleichen von Demokratien schneidet deshalb die Schweiz schlecht ab. Ein Beispiel dafür ist die OECD in Paris, eine der wichtigsten internationalen Organisationen. Auch die Schweiz ist seit deren Gründung ein Mitglied und trägt zu deren Finanzierung massgeblich bei. Die OECD hat im Mai dieses Jahres eine Studie über das Wohlbefinden (Well-being) der Bevölkerung in den verschiedenen Mitgliedsländern lanciert. Anhand von elf Faktoren soll die Zufriedenheit der Bevölkerung erfasst werden. Einer davon ist die Güte der Demokratie, die anhand der Stimmbeteiligung erfasst wird. Je nach Gewichtung der verschiedenen Subindizes ist demnach die Schweizer Bevölkerung wesentlich weniger zufrieden mit ihrem Leben als zum Beispiel die Franzosen oder Italiener.

Nun ist allerdings bekannt: Bei allen ernsthaften Befragungen der Bevölkerung über die Lebenszufriedenheit (oder vereinfacht über das Glück) schneidet die Schweiz hervorragend ab. In den meisten Studien befindet sie sich an der Spitze aller Länder; nur die

Dänen bezeichnen sich als noch etwas glücklicher. Die Güte einer Demokratie anhand der Stimmbeteiligung zu messen, ist verfehlt. Es ist geradezu ein Kennzeichen einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft, dass die einzelnen Personen selbst entscheiden können, ob sie sich an den Wahlen beteiligen wollen. Wesentlich ist nicht die durchschnittliche Höhe der Beteiligung, sondern vielmehr, dass bei wichtigen Fragen viele abstimmen, hingegen bei als unwesentlich betrachteten Fragen

## Unterschiede im Ausmass der Beteiligung zeigen eine lebendige Demokratie.

wenige. Die relativ tiefe Stimmbeteiligung bei Wahlen widerspiegelt die Tatsache, dass bei uns Wahlen weniger wichtig sind als in anderen Demokratien. Entscheidend sind vielmehr die Ergebnisse der Volksabstimmungen. In den meisten Demokratien können sich die Bürgerinnen und Bürger hingegen nur alle vier Jahre äussern. Dazwischen haben sie nur die Möglichkeit auf der Strasse zu demonstrieren, wie wir es immer wieder in Frankreich, Italien und Deutschland beobachten können. Eine hohe Wahlbeteiligung kann also gerade auch Unzufriedenheit mit dem politischen System ausdrücken. Bei Volksabstimmungen variiert die Stimmbeteiligung in der Schweiz stark. Werden die Themen als wichtig erachtet, schnell die Beteiligung hoch; bei manchen anderen Themen ist sie tief. Bei der wenig umstrittenen Abstimmung über den «Bundesbeschluss über die Neuordnung der Verfassungsbestimmungen zur Bildung»

(2006) beteiligten sich gerade 27,9% der Stimmberechtigten. Beim «Abkommen zu Schengen und Dublin» (2005) beteiligten sich dagegen 56,8%, beim «UNO-Beitritt» (2002) 58,4% und bei «Ja zu Europa» (2001) 55,8%. Die Beteiligung schwankt in diesem Zeitraum um bis zu 30 Prozentpunkte; bei als wichtig angesehenen Abstimmungen ist sie doppelt so hoch als bei solchen, die als weniger wichtig angesehen werden. Die Unterschiede können selbst innerhalb eines Jahres beträchtlich sein. Im letzten Jahr beteiligten sich 35,9% an der wenig umstrittenen Abstimmung zu «Revision des Arbeitsversicherungsgesetzes», aber 53,1% an der «Ausschaffungsinitiative» und am «Gegenentwurf zur Ausschaffungsinitiative». Diese starke Variation belegt, dass sich die Stimmberechtigten nicht wie Automaten verhalten, sondern sich sehr wohl überlegen, ob sie sich äussern möchten. Mein Argument ist nicht, dass eine tiefe Beteiligung an sich gut ist. Vielmehr sind die Unterschiede im Ausmass der Beteiligung entscheidend: Sie reflektieren eine lebendige Demokratie. Aus diesem Grund ist das oft gehörte Lamento über die «desinteressierten» Bürgerinnen und Bürger falsch. Insbesondere die direkte Demokratie ist in der Schweiz keineswegs am Ende, sondern kann vielmehr andern Ländern als Vorbild dienen.



Der Autor ist Professor für Ökonomie an der Universität Zürich